

P R E S S E D I E N S T

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Konkurrenz um den tiefsten Hafen ist unwirtschaftlich und zerstört die Natur

Nr. 265.08 / 15.7.2008

Zum heutigen Kabinettsbeschluss zur weiteren Ablagerung von Baggergut aus dem Hamburger Hafen bei Tonne „E3“ in der Nordsee erklärt der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Schon lange fordern wir ein nationales Hafenkonzept, das den ruinösen Ausbau und Subventionswettbewerb der norddeutschen Länder beendet. Eine weitere Außenweser- und Elbvertiefung würde dadurch überflüssig. Milliarden an Steuergeldern könnten gespart werden.

Ein deutscher Tiefwasserhafen reicht völlig aus. Ein Wettbewerb der norddeutschen Häfenstadt ist provinziell, teuer und zerstört die Umwelt. Bis zu einer Einigung muss Hamburg seine Möglichkeiten, Schlick an Land zu entsorgen, und seine Kapazitäten zur Entgiftung des Klärschlammes endlich in ausreichendem Maße ausbauen. Es kann nicht sein, dass sich für die Ausbringung in der Nordsee Folgeantrag an Folgeantrag reiht und Schleswig-Holstein der Verschlickung der Nordsee immer fröhlich zustimmt.

Die Sprecherin der nordfriesischen Grünen, **Kerstin Mock-Hofeditz ergänzt**: „Das Kabinett sollte sich nicht gegen einen einstimmigen Beschluss des Kreistages in Nordfriesland stellen.

Die Probleme, die wir jetzt haben, sind eine Folge der letzten Elbvertiefung. Die Elbvertiefung hat den „Tidal-Pumping-Effekt“ verursacht, der mit jeder Flut Tausende von Tonnen Sand elbaufwärts bis in den Hamburger Hafen transportiert. Das erfordert nun ständige teure Folgebaggerarbeiten sowie die ökologisch bedenkliche Verklappung des Baggerguts in der Nordsee.

Die nächste Elbvertiefung erfordert sogar die dreifache Menge an Ausbaggerungen. Das heißt: Eine weitere Elbvertiefung birgt wieder neue, vermutlich noch größere unkalkulierbare Risiken.“
